



GERICHTSHILFESTELLEN IN RHEINLAND-PFALZ

Gerichtshilfe bei der Staatsanwaltschaft Bad Kreuznach

John-F.-Kennedy-Straße 17
55543 Bad Kreuznach
Tel. 0671/708-3506
Fax: 0671/708-3926

Gerichtshilfe bei der Staatsanwaltschaft Frankenthal

Emil-Rosenberg-Str. 2
67227 Frankenthal
Tel.: 06233/80-3312 und 80-3246
Fax: 06233/80-3151

Gerichtshilfe bei der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern

Bahnhofstraße 24
67655 Kaiserslautern
Tel.: 0631/3721-268
Fax: 0631/3721-285

Gerichtshilfe bei der Staatsanwaltschaft Koblenz

Deinhardpassage 1
56068 Koblenz
Tel.: 0261/1307-30740 und
1307-30686
Fax: 0261/1307-38510

Gerichtshilfe bei der Staatsanwaltschaft Landau

Marienring 13
76829 Landau
Tel.: 06341/22-520 und 22-524
Fax: 06341/22-580

Gerichtshilfe bei der Staatsanwaltschaft Mainz

Erthalstraße 2
55118 Mainz
Tel.: 06131/586-1016 und 586-1017
Fax: 06131/586-1018

Gerichtshilfe bei der Staatsanwaltschaft Trier

Christophstraße 1
54290 Trier
Tel.: 0651/99204-318 und 99204-319
Fax: 0651/99204-730

Gerichtshilfe bei der Staatsanwaltschaft Zweibrücken

Goetheplatz 4
66482 Zweibrücken
Tel.: 06322/805-4008 und 805-4010
Fax: 06322/805-250



GERICHTSHILFE RHEINLAND-PFALZ

Impressum

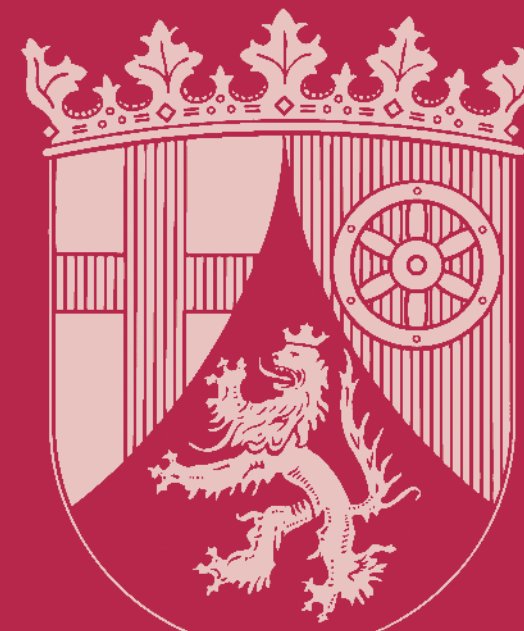
Herausgegeben vom Ministerium der Justiz in
Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft
Gerichtshilfe Rheinland-Pfalz

Ernst-Ludwig-Straße 3
55116 Mainz

Telefon: 06131 16-4897
Telefax: 06131 16-4944
E-Mail: pressestelle@jm.rlp.de
Internet: www.jm.rlp.de

Druck:
Druckerei der Justizvollzugs- und
Sicherungsverwahrungsanstalt Diez
Limburger Straße 122
65582 Diez

Stand:
Januar 2019



WAS IST GERICHTSHILFE?

Die Gerichtshilfe ist ein sozialer Dienst der Justiz und organisatorisch den Staatsanwaltschaften zugeordnet:

Die Gerichtshilfe kann von Staatsanwaltschaften und Gerichten in jedem Stadium eines Ermittlungs- bzw. Strafverfahrens eingeschaltet werden.

Aufgabe der Gerichtshilfe ist insbesondere die Ermittlung der persönlichen Verhältnisse und des sozialen Umfeldes sowie die Erforschung der Ursachen und Beweggründe für das strafbare Verhalten bei beschuldigten bzw. angeklagten Erwachsenen oder nach allgemeinem Strafrecht Verurteilten. Sie ermittelt bei den Betroffenen auch zu deren Einstellung zur Tat, zur Schuldeinsicht, zum Nachtatverhalten sowie deren Bereitschaft zu einer Schadenswiedergutmachung.

Die Gerichtshilfe kann auch beauftragt werden, bei Tatopfern deren persönliche Situation sowie die bei ihnen durch die Tat verursachten Folgen zu ermitteln. Bei Bedarf können entsprechende Hilfsangebote vermittelt werden.

Die Gerichtshilfe führt zur Gewinnung der Erkenntnisse Gespräche mit den Betroffenen, ggf. aber auch mit Angehörigen, Ärzten, Mitarbeitern von Behörden und sonstigen Personen.

Die Gerichtshilfe arbeitet auftragsbezogen und unparteiisch. Sie hat alle ins Gewicht fallenden Umstände zu berücksichtigen, gleich ob sie sich zugunsten oder zulasten der Betroffenen auswirken können.

Durch die Tätigkeit der Gerichtshilfe sollen auch prognostische Erkenntnisse zu etwaigen Einwirkungsmöglichkeiten aufgezeigt und somit sachgerechte Entscheidungen vorbereitet werden.

Die Einschaltung der Gerichtshilfe liegt nahe, wenn ihr Einsatz besondere Erkenntnisse verspricht, beispielsweise um zu klären, ob Probleme wie Sucht (Drogenkonsum, Alkoholmissbrauch), Verschuldung, Arbeitslosigkeit oder familiäre Schwierigkeiten vorliegen.

Eine Beauftragung kommt vor allem in Betracht bei

- allen Beziehungsstraftaten, insbesondere wegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen
- Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung
- Verfahren gegen solche Personen, bei denen die Annahme nahe liegt, dass die zur Last gelegte Straftat auf besonderen Umständen in der Person des Beschuldigten beruht (z.B. Alterskriminalität, psychische Auffälligkeiten).

WO SIND DIE RECHTLICHEN GRUNDLAGEN?

Nach § 160 Abs. 3 StPO sollen sich die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft auch auf die Umstände erstrecken, die für die Bestimmung der Rechtsfolgen der Tat von Bedeutung sind. Für diese Ermittlungen kann sie sich der Gerichtshilfe bedienen (Ermittlungsverfahren).

Nach § 463 d StPO kann sich das Gericht oder die Vollstreckungsbehörde zur Vorbereitung nach den §§ 453 bis 461 zu treffenden Entscheidungen der Gerichtshilfe bedienen (Vollstreckungsverfahren). Hier kann die Gerichtshilfe z.B. bei zu treffenden Entscheidungen über eine vorzeitige Entlassung aus dem Strafvollzug ermitteln, ob Verurteilte bei ihrer Entlassung Arbeit und Wohnung haben und ob sie in stabile familiäre Verhältnisse zurückkehren können.

Weitere Hinweise zur Beauftragung der Gerichtshilfe finden sich in

- den Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren (RiStBV)
- Anordnung über das Verfahren in Gnadensachen (Gnadenordnung). Im Rahmen eines Gnadenverfahrens kann eine Beauftragung der Gerichtshilfe z.B. erfolgen, um u.a. zu klären, ob die im Gesuch gemachten Angaben (z.B. gesundheitliche oder familiäre Probleme) tatsächlich zutreffend sind.